

KURZPROTOKOLL der Landesvorstandssitzung am 21. Februar 2014

An der Vorstandssitzung nehmen 13 Vorstandsmitglieder und 4 Gäste teil.

Katja Kipping wertet den Bundesparteitag aus und stellt das Konzept „Parteientwicklung“ im Landesvorstand vor.

Der Bundesparteitag war, trotz unterschiedlicher Auffassungen im Vorfeld, erfolgreich. Wir haben mit dem Wahlprogramm zur Europawahl die richtigen Inhalte gesetzt und eine große Zustimmung für die Europaliste erhalten. Das spiegelt sich auch in den medialen Berichterstattungen wider.

Das vorgelegte Diskussionspapier zur Parteientwicklung stellt kein neues Parteiprogramm oder eine neue Wahlstrategie dar. Es ist vielmehr der Versuch einer Bestandsaufnahme, wo DIE LINKE steht, und enthält Zukunftsvisionen. DIE LINKE steht vor neuen Herausforderungen

- von Politik Betroffene ziehen sich zunehmend zurück
- die Partei steht vor einem Rückbau, Entwicklung Mitgliederpartei, neue partizipative Methoden usw.
- Kampf um andere Hegemonie führen
- Möglichkeiten für linke Regierungsbildung wachsen
- strategischen Anker für Partei finden
- Verankerung in Vereinen, Verbänden usw.

Zum Bundesparteitag im Mai soll das Thema Grundeinkommen als zentrales Thema diskutiert werden. Die Debatte zur Parteientwicklung ist wichtig und notwendig. Am Ende sollen konkrete Projekte entstehen. Der Landesvorstand wird die Diskussion dazu weiter führen und in den gebildeten Arbeitsgruppen beim PV mitarbeiten.

Zur Finanzarbeit: Der Jahresabschluss wurde erstellt und zur Prüfung an den PV und den Wirtschaftsprüfer weitergeleitet.

Nach Einarbeitung aller vorliegenden Erkenntnisse zum Plan 2014 wird dieser mehrheitlich, bei 1 Stimmenthaltung, durch den Vorstand bestätigt. Die Untersetzung des Landeswahlfonds erfolgt in der nächsten Sitzung des Landeswahlbüros.

Der Vorstand beschließt einstimmig den vorliegenden Entwurf für den Zeitplan zum Landesparteitag in Sömmerda.

Zum Parteitag im Mai in Berlin wird ein neuer PV gewählt. Bisher liegen Interessenbekundungen zur Kandidatur von Ines Leukefeld, Steffen Harzer, Frank Tempel und Alexander Scharff vor. Bis Mitte März sollten sich BewerberInnen für den PV in der Geschäftsstelle melden. Antragschluss für den Bundesparteitag im Mai ist am 28. 3. 14.

Der Landesvorstand unterstützt einstimmig die Kandidatur von Birgit Klaubert für das Präsidium des Bundesausschusses, das am 22.2.14 in Dresden gewählt wird.

Steffen Dittes informiert den Landesvorstand über den Stand zur Vorbereitung der Wahlen 2014. Die Verwendung des Kommunalwahlfonds wurde mit den KreiswahlleiterInnen abgestimmt. Am 5.3. ist Redaktionsschluss für die Kommunalwahlzeitung. Die Termine für zentrale Wahlveranstaltungen werden benannt (30.4., 4.5., 19.5., 23.5.). Ein erster Entwurf für den Finanzplan, die Tourplanungen usw. werden im nächsten Landeswahlbüro beraten. Alle Kreisverbände erhalten eine konkrete Übersicht zu allen Materialien. In regelmäßigen Abständen finden Ländertreffen mit Sachsen und Brandenburg statt.

Steffen Harzer weist darauf hin, dass Änderungsanträge zur Bundessatzung die an den 3. Parteitag gerichtet waren, erneut eingereicht werden müssen, da jetzt der 4. Parteitag berät. Der Landesvorstand sollte sich in seiner nächsten Sitzung u.a. mit der Zusammensetzung des Parteitages (Delegierte mit beschließender Stimme) beschäftigen

Das Bündnis „Mehr Demokratie“ hat sich zur Durchführung des Volksbegehrens zur Abschaffung des Finanztabus verständigt. Ein neuer Zeitplan dafür wird derzeit erarbeitet.

Am 28. 2. 14 findet ab 17 Uhr die gemeinsame Sitzung Landesvorstand/Landesausschuss zur Erarbeitung des Listenvorschlages zur Landtagswahl statt. Ab 14 Uhr trifft sich am gleichen Tag die AG Mitglieder.

F.d.P.

Anke Hofmann (LGFín)